

Aktuelle Debatte

„Aschermittwoch in Biberach - wie der Innenminister unsere Demokratie schützt“

***Rede von Oliver Hildenbrand am 28. Februar 2024
im Landtag von Baden-Württemberg***

Redezeit: 10 Minuten (≈ 850 Wörter)

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin / Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

was in Biberach passiert ist, ist nicht allein ein Problem für die Grünen. Es ist ein Problem für alle Demokratinnen und Demokraten.

Brennende Strohhaufen und fliegende Steine. Eine eingeschlagene Autoscheibe und tätliche Angriffe auf die Polizei. Einer schwingt eine Sense. Ein anderer lässt eine Motorsäge aufheulen. Und wieder ein anderer schwenkt eine Flagge des Königreichs Preußen. So sieht kein demokratischer Protest. So sehen gewalttätige Ausschreitungen aus.

Angesichts solcher Vorkommnisse ist es wichtig, dass alle demokratischen Parteien zusammenstehen: Gegen Hass, Hetze und Gewalt. Für Anstand, Maß und Mitte.

Bei allen politischen Auseinandersetzungen, Konflikten und Unterschieden muss doch immer klar sein: Für unsere Demokratie stehen wir gemeinsam ein.

Es geht nicht in erster Linie um Solidarität mit den Grünen. Es geht in erster Linie um das gemeinsame Einstehen für unsere Demokratie.

Die Vorfälle in Biberach haben die demokratische Kultur in unserem Land beschädigt. Und deshalb ist es notwendig, dass wir die Geschehnisse aufarbeiten und ihre Hintergründe aufklären.

Das Polizeipräsidium Ulm hat eine 20-köpfige Ermittlungsgruppe unter der Leitung des Staatsschutzes eingerichtet.

Die bislang eingeleiteten Ermittlungsverfahren verdeutlichen das Ausmaß der gewaltbereiten Aktionen: Schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz, Sachbeschädigungen, Nötigungen und gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr. Es ist gut und wichtig, dass die Polizei alles daransetzt, die Tatverdächtigen zu ermitteln und diese einer entsprechenden Strafe zuzuführen.

Im Innenausschuss haben wir in der vergangenen Woche die Planungen und die Durchführung des Polizeieinsatzes in Biberach in den Blick genommen.

Es war kein Geheimnis, dass die Querdenken-Szene auf ihren Kanälen massiv für die Veranstaltung mobilisiert hat.

- Warum wurden die Mechanismen dieser Mobilisierung derart unterschätzt?
- Warum wurden nicht mehr Polizeikräfte eingeplant?
- Warum wurde der Zugang zum Veranstaltungsort nicht mit Polizeigittern abgesichert?

Ich bleibe dabei: Es gab Lücken in der Einsatzplanung. Und aus diesen Lücken in der Einsatzplanung sind Schutz- und Sicherheitslücken geworden.

Deshalb wünsche ich mir eine gründliche Nachbereitung. Denn nur eine gründliche Nachbereitung gewährleistet, dass wir künftig besser vorbereitet sind.

Herr Minister Strobl, Sie haben im Innenausschuss konkrete Maßnahmen im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen angekündigt:

- Für kommende politische Veranstaltungen werden wir mehr Polizeikräfte einplanen.

- Wir werden ein Landeslagebild erstellen, damit die regionalen Polizeipräsidien auf sicherheitsrelevante Entwicklungen rasch reagieren zu können.
- Und im Landeskriminalamt wird eine Informationssammelstelle eingerichtet, die den Informationsaustausch verbessern wird.

Diese Maßnahmen begrüßen und unterstützen wir. Wir halten sie für richtig und notwendig.

Aber klar ist auch: Das ist keine Normalität, an die wir uns gewöhnen wollen. Es ist nicht normal, dass politische Veranstaltungen nur mit großem Polizeiaufgebot sicher stattfinden können. Im Gegenteil: Das ist ein Alarmzeichen für unsere Demokratie. Und es zeigt, dass in unserem Land wirklich etwas verrutscht ist.

Es ist kein Geheimnis, dass sich demokratie- und verfassungsfeindliche Bewegungen sowohl offline als auch online mobilisieren und radikalisieren.

Wo sich Staatsdelegitimierer, Reichsbürger und Rechtsextremisten tummeln, muss der Verfassungsschutz rechtzeitig und genau hinschauen. Das gilt im Netz und auf der Straße.

- Mit wem genau hatten wir es in Biberach zu tun?
- Wer hat die Stimmung angeheizt und die Unruhen heraufbeschworen?
- Wie hat der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden mit Blick auf die Gefährdungsbeurteilung funktioniert?

Als Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums habe ich veranlasst, dass wir uns in der nächsten Sitzung des Gremiums ausführlich mit diesen Fragen beschäftigen werden.

Politische Veranstaltungen müssen sicher durchführbar sein. Das ist im Jahr der Kommunal- und Europawahlen besonders wichtig.

Deshalb haben wir Grüne vorgeschlagen, dass der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ zu einer Sondersitzung zusammenkommt.

Ich danke Ihnen, Herr Minister Strobl, dass Sie diesen Vorschlag umgehend aufgegriffen haben.

Am 19. März 2024 wird der Kabinettsausschuss zusammenkommen und über Strategien und Maßnahmen gegen Hass und Hetze im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen beraten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Ereignisse in Biberach sind nicht aus dem Nichts entstanden.

Der Ton der öffentlichen Debatte wird immer rauer und brutaler. Die Grenzen des Sagbaren werden verschoben. Es gibt politische Kräfte in unserem Land, die ganz bewusst für das Gegeneinander und gegen das Miteinander arbeiten.

Und das bleibt nicht ohne Folgen: Aus hasserfüllten Gedanken werden hasserfüllte Worte. Aus hasserfüllten Worten werden hasserfüllte Taten.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass der Umgang auf der Straße und im Netz immer aggressiver wird. Und wir werden uns niemals daran gewöhnen, dass Menschen beleidigt und bedroht werden.

Es liegt an uns, wie wir miteinander umgehen und in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Tausende, zehntausende, ja hunderttausende Menschen setzen gerade in ganz Deutschland ein Zeichen für eine offene, vielfältige, demokratische Gesellschaft. Sie stellen sich gegen Hass, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit.

Die Mehrheit in unserem Land wünscht sich doch genau das:
Ein respektvolles Miteinander.